

# Das Recht auf Bildung und die allgemeine Schulpflicht

Die Umsetzung europäischer Standards bei der Beschulung von Flüchtlingskindern in Sachsen-Anhalt

Frauke Sonnenburg



## Rechtliche Rahmenbedingungen

### Die UN-Kinderrechtskonvention

Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes wurde am 20. November 1989 verabschiedet und im April 1992 von der Bundesregierung ratifiziert. Für Flüchtlingskinder sind in diesem Zusammenhang die Artikel 22 (Flüchtlingskinder) und Artikel 28 (Recht auf Bildung; Schule; Berufsausbildung) von besonderem Interesse. Das Recht auf Bildung ist in Deutschland insofern sichergestellt, dass es hier eine grundgesetzlich garantierte allgemeine Schulpflicht und „dass ein Kind, das die Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt oder nach Maßgabe der anzuwendenden Regeln und Verfahren des Völkerrechts oder des innerstaatlichen Rechts als Flüchtling angesehen wird, angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen... festgelegt sind...“ (UN-Kinderrechtskonvention, S. 19, 2000)

Flüchtlingskinder müssten demnach also Kindern mit der Staatsangehörigkeit des derzeitigen Aufenthaltslandes gleichgestellt sein. In der Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vom 10. Juli 1992 (BGB.II S. 990) Abs. IV behält sich die Bundesrepublik Deutschland allerdings vor, dass das Übereinkommen nicht dahingehend ausgelegt werden könne, „dass die widerrechtliche Einreise eines Ausländers in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dessen widerrechtlicher Aufenthalt dort erlaubt ist“ und behält sich vor, Unterschiede zwischen Inländern und Ausländern zu machen. (vgl. UN-Kinderrechtskonvention, S. 90, 2000)

### Europäische Richtlinien

Die Richtlinie 2003/9/EG vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten legt in Artikel 10 (Grundschulziehung und weiterführende Bildung Minderjähriger) fest, dass Kindern von Asylbewerbern, sowie minderjährigen Flüchtlingen der Zugang zum Bildungssystem zu gestatten ist, solange keine Rückführungsmaßnahmen gegen sie selbst oder gegen ihre Eltern vollstreckt werden. Allerdings kann der Zugang auf das öffentliche Bildungssystem beschränkt bleiben. Generell darf aber der Zugang zum Bildungssystem nicht verwehrt werden.

Ähnlich ist es auch in der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen formuliert. Demnach sollten, wie in Abs. 14 beschrieben, die Mitgliedstaaten verpflichtet bleiben, „minderjährigen Kindern in ähnlicher Weise wie ihren eigenen Staatsangehörigen den

Zugang zum Bildungssystem zu gestatten“. (RL 2003/109/EG)

*Das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) und der Runderlass (RdErl.) des MK vom 26. 7. 2001 –32.3-8313*

Der Fünfte Teil des Sachsen-Anhaltinischen Schulgesetzes beschäftigt sich mit der Schulpflicht. § 38 (Allgemeines) Abs. 1 besagt: „Der Besuch einer Schule ist für alle im Land Sachsen-Anhalt wohnenden Kinder und Jugendlichen verpflichtend.“ (V:/landesportal/portal-dokumente/bildung/ge-er-veri/ge-schulgesetz2004.doc S.28)

Die allgemeine Schulpflicht gilt also unabhängig davon, ob es sich um einen gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt handelt. Selbst Kinder und Jugendliche von Eltern mit einer Duldung oder unklarem Aufenthaltsstatus oder von Reisenden (Fahrendes Gewerbe/ Schausteller) unterliegen in Sachsen-Anhalt einer Schulpflicht.

Am 26. Juli 2001 trat der Runderlass (RdErl. 32.3-8313) des Kultusministeriums in Sachsen-Anhalt zur „Beschulung von Kindern Deutscher Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie ausländischen Bürgerinnen und Bürger“ in Kraft. Die Umsetzung des Runderlasses erfolgt in Sachsen-Anhalt regional unterschiedlich. In den meisten Schulen werden die betreffenden Kinder gleich in die Regelklasse eingestuft. Sie erhalten im Rahmen des Förderunterrichts gesonderten Unterricht zum Erlernen der deutschen Sprache. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang, dass die Klassenstärke oft zu groß ist, und der individuelle Bildungsstand in Zusammenhang mit dem Alter der betreffenden oft nicht genügend, bzw. keine Berücksichtigung findet. Als besonderes Problem wird die Überalterung von Grundschulklassen genannt. Von den Mitgliedern des Arbeitstisches Bildung des Bündnisses für Zuwanderung und Integration wird hier das Modell der Vorbereitungsklassen favorisiert. Dieses Modell wird bereits in einer Magdeburger Schule sehr erfolgreich umgesetzt.

### Die Heinrich-Heine-Schule in Magdeburg

Als Beispiel dient hier die Heinrich-Heine-Sekundarschule in Magdeburg. Sie liegt in der Nähe von ehemals zwei Asylbewerberheimen, von denen eines wegen Renovierungsbedürftigkeit mittlerweile geschlossen wurde. 62 Kinder von Aussiedlerfamilien und von Eltern, die in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber wohnen, besuchen zusammen mit 220 deutschen Kindern diese Schule. Grundsatz der Arbeit mit allen Schülerinnen und Schülern ist die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller. Die Schule bemüht sich um Toleranz (Mädchen sind auch mit Kopftuch akzeptiert), bietet einen Projekttag „Tag des ausländischen Schü-

# UN-Kinderrechts-Konvention

## Artikel 22 [Flüchtlingskinder]

Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ein Kind, das die Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt oder nach Maßgabe der anzuwendenden Regeln und Verfahren des Völkerrechts oder des innerstaatlichen Rechts als Flüchtling angesehen wird; angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen oder in anderen internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen, denen die genannten Staaten als Vertragsparteien angehören, festgelegt sind, und zwar unabhängig davon, ob es sich in Begleitung seiner Eltern oder einer anderen Person befindet oder nicht.

Zu diesem Zweck wirken die Vertragsstaaten in der ihnen angemessen erscheinenden Weise bei allen Bemühungen mit, welche die Vereinten Nationen und andere zuständige zwischenstaatliche oder nichtstaatliche Organisationen, die mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, unternehmen, um ein solches Kind zu schützen, um ihm zu helfen und um die Eltern oder andere Familienangehörige eines Flüchtlingskinds ausfindig zu machen mit dem Ziel, die für eine Familienzusammenführung notwendigen Informationen zu erlangen. Können die Eltern oder andere Familienangehörige nicht ausfindig gemacht werden, so ist dem Kind im Einklang mit den in diesem Übereinkommen enthaltenen Grundsätzen derselbe Schutz zu gewähren wie jedem anderen Kind, das aus irgendeinem Grund dauernd oder vorübergehend aus seiner familiären Umgebung herausgelöst ist.

## Artikel 28

### [Recht auf Bildung; Schule; Berufsausbildung]

Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an; um die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen, werden sie insbesondere

- a. den Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht und unentgeltlich machen;
- b. die Entwicklung verschiedener Formen der weiterführenden Schulen allgemeinbildender und berufsbildender Art fördern, sie allen Kindern verfügbar und zugänglich machen und geeignete Maßnahmen wie die Einführung der Unentgeltlichkeit und die Bereitstellung finanzieller Unterstützung bei Bedürftigkeit treffen;
- c. allen entsprechend ihren Fähigkeiten den Zugang zu den Hochschulen mit allen geeigneten Mitteln ermöglichen;
- d. Bildungs- und Berufsberatung allen Kindern verfügbar und zugänglich machen;
- e. Maßnahmen treffen, die den regelmäßigen Schulbesuch fördern und den Anteil derjenigen, welche die Schule vorzeitig verlassen, verringern.

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Disziplin in der Schule in einer Weise gewahrt wird, die der Menschenwürde des Kindes entspricht und im Einklang mit diesem Übereinkommen steht.

Die Vertragsstaaten fördern die internationale Zusammenarbeit im Bildungswesen, insbesondere um zur Beseitigung von Unwissenheit und Analphabetentum in der Welt beizutragen und den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen und modernen Unterrichtsmethoden zu erleichtern. Dabei sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen.

lers“, wo die ausländischen Kinder besonders aktiv sind, nutzt die interkulturelle Woche im Herbst zu besonderen Angeboten und bietet durch das Freizeitangebot einer Arbeitsgruppe „Hauswirtschaft“ eine Möglichkeit für alle Schülerinnen und Schüler, multikulturelle Fähigkeiten, zum Beispiel beim Kochen zu entwickeln.

Die Vorbereitungsklassen für ausländische und Aussiedler-Kinder gibt es an der Schule seit 1992. Laut Aussage des Schulleiters praktiziert wohl auch nur diese Schule in Sachsen-Anhalt dieses Modell. Die Schule nutzt dabei die Möglichkeit, zusätzlicher Lehrerstunden und nimmt Kinder ohne Deutschkenntnisse in diese Klassen auf mit dem alleinigen Fach „Deutsch als Zielsprache“. Schülerinnen und Schüler, welche die Vorbereitungsklasse besuchen, sollen dann aber so schnell wie möglich (vielleicht schon nach 14 Tagen) auch Unterricht in den Regelklassen bekommen. Sie besuchen dann die Vorbereitungsklassen zusätzlich und zwar für wenigstens ein Jahr. An der Heinrich-Heine-Sekundarschule Magdeburg gibt es zwei Vorbereitungsklassen, die in die Kategorien A (Fortgeschrittene) und B (Anfänger) unterteilt sind. Jeweils bis zu 15 Kinder werden in diesen Klassen neun bzw. elf Wochenstunden in der deutschen Sprache unterrichtet.

## Schulische Probleme

An erster Stelle sind hier mit Sicherheit die Sprachschwierigkeiten zu benennen, alle nachfolgenden Probleme sind sekundärer Natur. Jedoch ist bislang beispielsweise kein einziges vietnamesisches Kind in den Genuss einer öffentlichen Förderung gekommen. Ohne vorbereitenden Deutschunterricht werden die Kinder sofort in den normalen Klassen beschult, allerdings wurden alle Kinder mehrere Jahre zurückgestuft. Damit wird jedoch der Kontakt zu Gleichaltrigen und Jugendlichen erschwert, und gerade Gleichaltrige nehmen als Ansprechpartner beim Austausch der kindlichen Probleme einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert ein.

Weiter muss immer wieder berücksichtigt werden, dass die Eltern nur über äußerst mangelhafte Deutschkenntnisse verfügen und wenig Hilfe leisten können. Hilfe wird spontan von den Mitschülern oder organisiert von den Ausländervereinen angeboten. Teilweise finanzieren Eltern unter großen Mühen Deutschunterricht an Privatschulen. Die meisten Eltern legen großen Wert auf eine gute Ausbildung ihrer Kinder. Sie selbst haben, bedingt durch mangelhafte Sprachkenntnisse, Schwierigkeiten in der Berufsausbildung und auf dem Arbeitsmarkt.

## Schlussfolgerungen

Die Umsetzung Europäischer Richtlinien erfolgt in der BRD nicht einheitlich, sondern unterliegt länderspezifischen Besonderheiten.

Das allgemeine Recht auf Bildung kollidiert vieler Orts mit der Gesetzgebung bezüglich Aufenthaltes. Bezugnehmend auf den Vorbehalt der Bundesregierung bei der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention, (widerrechtliche Einreise ) kann so der Zugang zu Bildungseinrichtungen unterbunden und das Recht des Kindes auf Bildung stark beschnitten werden.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass eine einheitliche Regelung der Schulpflicht am ehesten der Umsetzung europäischer Richtlinien entsprechen würde. Eine Rücknahme des Vorbehaltes der Bundesregierung bei der Umsetzung der Rechte der Kinder ist, nicht nur für den Bereich Bildung, ohnehin lange überfällig.

*Frauke Sonnenburg ist Mitarbeiterin des Flüchtlingsrates Sachsen-Anhalt*